

Österreich: Facetten einer Kirchenkrise

Im katholischen Österreich, dem der Papst im Juni einen dritten Besuch abstatten möchte, hängt der Hausseggen derzeit schief: Neue Vorwürfe gegen Kardinal Groer, der pointierte Brief von Bischof Stecher, Vorschläge prominenter Laien zur Krisenbewältigung.

Kaum hat die katholische Kirche in Österreich die erste Groer-Krise einigmaßen überstanden, wird sie nun in der gleichen Angelegenheit in neue Turbulenzen gestürzt. Wieder geht es um die Person des Benediktinermönchs *Hans Hermann Groer*, der 1986 völlig überraschend und – wie sich später herausgestellt hat – ohne ausreichende Erkundigungen vor Ort zum Erzbischof von Wien und in der Folge zum Kardinal ernannt worden ist. 1995 beschuldigte ein ehemaliger Zögling Groers den Kardinal sexueller Übergriffe. Diese Vorwürfe lösten aufgeregte, emotional übersteigerte und auch demagogische publizistische Attacken über viele Wochen und Monate aus und führten zu tausenden Kirchenaustritten in allen österreichischen Diözesen.

Unter dem Eindruck dieser katastrophalen Konsequenzen kam es nach einigen Monaten zum Rücktritt des Erzbischofs, der sich in eine kleine Ordenskommunität nach Roggendorf im nördlichen Niederösterreich zurückzog. 1996 wurde Groer dort zum Prior bestellt, was sofort zu neuen medialen Angriffen und Protesten führte. Zu den Anschuldigungen gegen seine Person schweigt Groer bis zum heutigen Tage. Bemühungen des Vorsitzenden der Österreichischen Bischofskonferenz, Bischof *Johann Weber* (Graz), eine Untersuchung zur Causa Groer einzuleiten, scheiterten – offensichtlich am Widerstand römischer Zentralstellen.

Ende 1997 tauchten dann plötzlich neue Vorwürfe gegen Groer auf. Drei

Mönche des niederösterreichischen Benediktinerklosters Göttweig in der Wachau beschuldigten ihren ehemaligen Mitbruder, von ihm vor Jahren sexuell bedrängt worden zu sein. Der zuständige Abt, *Clemens Lashofer*, handelte schnell: Er setzte Groer als Prior im Januar ab und beantragte eine apostolische Visitation, die schon demnächst beginnen soll. Damit könnte der Konflikt in absehbarer Zeit bereinigt sein, wenn nicht die verhängnisvolle Spaltung in der österreichischen Hierarchie mit hineinspielen würde. Denn der Diözesanbischof von St. Pölten, *Kurt Krenn*, stellte sich sofort demonstrativ vor Groer, bezeichnete ihn im Fernsehen als ein „unschuldiges Opfer“ und warf Abt Lashofer vor, einen „Unschuldigen am Altar der um Quoten ringenden Medien“ zu opfern.

Stürmische Reaktion auf den Stecher-Brief

In Wirklichkeit ist diese Auseinandersetzung wohl auch von der Tatsache bestimmt, daß der Göttweiger Abt im Bereich der Diözese St. Pölten schon seit langem ein starker Gegenpol zu Bischof Krenn ist. Eigene Ordensangehörige hat er wiederholt gegen den Bischof in Schutz genommen. Dazu kommt noch der Umstand, daß Krenn bald nach der Ernennung von Hans Hermann Groer zum Erzbischof zu einem der Wiener Weihbischöfe bestellt wurde. Diese Doppel-Ernennung wurde damals von vielen österreichi-

schen Katholiken als oktroyierter Kurswechsel für die Kirche in Österreich empfunden und weckte bis heute eine erhöhte Sensibilität gegenüber römischen Maßnahmen und Weisungen.

So ist es z. B. nicht verwunderlich, daß die vatikanische Instruktion über die Mitarbeit von Laien am Dienst der Priester viel Widerspruch in Österreich fand. „Ich hätte mir von Rom mehr an Ermutigung und Dankbarkeit gegenüber den Laien erwartet“, sagte Bischof Weber ganz offen. Ohne Zweifel müsse der Priesterberuf gefördert werden. Durch die bloße Auflistung der bestehenden Ordnung könnte jedoch der Eindruck entstehen, Laien seien nur ein Notbehelf.

Noch viel stürmischer gestalteten sich die Reaktionen auf den Brief des Innsbrucker Bischofs *Reinhold Stecher*, den dieser kurz vor seiner Amtsübergabe geschrieben hatte (vgl. HK, Januar 1998, 31 ff.). Der St. Pöltener Amtskollege Krenn befand diesen Brief „unanständig“ und „unberechtigt“. Der Salzburger Erzbischof *Georg Eder* entschuldigte sich sogar beim Papst für diesen Brief. Und der Wiener Erzbischof *Christoph Schönborn* zeigte sich verwundert und schmerzlich berührt, daß ein Bischof, der eben seine Amtszeit beendet hat, mit scharfen Vorwürfen gegen die Amtsführung des Papstes und seiner kurialen Mitarbeiter vorgeht: „Mir ist allemal Rom noch lieber als jedes Nationalkirchentum. Eine österreichische ‚Eigenkirche‘ mit einem Sonderweg – los von Rom, von der Weltkirche – kann ich mir nicht vorstellen.“

Stechers Nachfolger, der neu ernannte Innsbrucker Bischof *Alois Kothgasser*, teilte hingegen schon in seiner Antrittspressekonferenz die Sorgen seines Vorgängers voll und ganz. Mehr Demokratie könne der Kirche nicht schaden, meinte der gebürtige Steirer, wenn die Mitverantwortung der Katholiken richtig wahrgenommen wird: „Wir können aber nicht über das Evangelium entscheiden.“ *Thomas Plankensteiner* vom „Kirchenvolksbegehren“ war erwartungsgemäß voll der Zustimmung: „Bischof Stecher hat den

Bann gebrochen, hoffentlich folgen andere seinem Beispiel.“

Im Januar setzte sich dann Bischof Stecher in einem *zweiten Brief* mit den Vorwürfen einiger seiner Bischofskollegen auseinander und schrieb, sein „Verbrechen“ habe darin bestanden, daß er es wagte, dieselben Worte, die Jesus an Petrus richtete, an den Petrus von heute zu richten. Seine Einwände gegen die Praxis bei der Laisierung von Priestern verstärkte Stecher in diesem seinem zweiten Schreiben noch zusätzlich und führte aus, in den vielen Jahren als Beichtvater habe er Ehebrecher, Kirchenverfolger, Betrüger, Diebe und sogar Mörder von ihren Sünden losgesprochen: „Aber einem Priester, der geheiratet hat, konnte und kann ich den Frieden der Seele nicht geben. Er ist schlechter dran als ein Mörder. Bei aller Hochachtung des Zölibatsversprechens und ohne alle Absicht, es zu bagatellisieren: Mord, Abtreibung und Glaubensabfall sind größere Sünden.“

Geist des Widerspruchs bis in die Kernschichten

Wie sehr diese kritischen Worte einer verbreiteten Stimmung gerade in Kernschichten der Kirche entsprechen, beweist die Aktion des 69jährigen Claretinerpaters und Leiters der Cursillo Österreich, *Josef Garcia Cascales*, der zur Unterstützung von Bischof Stecher und seiner Kritik Unterschriften unter Priestern sammelt. Mittlerweile haben bereits 800 Priester von 4450 Klerikern in Österreich dem Innsbrucker Altbischof durch ihre Unterschrift den Rücken gestärkt. Cascales zu diesem Zwischenergebnis: „Der Grund für den nie erträumten Erfolg der Aktion ist die große Frustration der Priester. Die Bischöfe und Rom wissen nicht mehr, wie es mit dem Volk, wie es mit den Realitäten steht.“ Und einer der prominenten Mitunterzeichner, der Abt des Schottenstiftes in Wien, *Heinrich Ferenczy*, sieht im Stecher-Brief den Aufschrei eines pastoral besorgten Bischofs. Man solle

endlich auch verheiratete Männer zu Priestern und Frauen zu Diakonen weihen: „Die Sakramente sind für das Volk da, nicht für den Klerus.“ Der Papst könne nicht ‚Pfarrer der Weltkirche‘ sein, vieles sollte an die nationalen Bischofskonferenzen delegiert werden.

Alle diese Zitate zeigen, wie sehr sich der Geist des Widerspruchs in der österreichischen Kirche ausgebreitet hat. Alle administrativen Maßnahmen, Kritiker zum Schweigen zu bringen, haben nur das Gegenteil bewirkt. Und auch der Brief von Kardinal *Ratzinger* an die österreichischen Bischöfe, sie mögen das „Kirchenvolksbegehren“ ausgrenzen, hatte lediglich kontraproduktive Folgen.

Wie sehr sich die Meinung der katholischen Kernschichten bereits von vorgegebenen Denk- und Verhaltensmustern entfernt hat, beweist eine Meinungsumfrage des Gallup-Instituts in Wien, die von der seriösen, konservativen Wiener Tageszeitung „Die Presse“ in Auftrag gegeben worden ist. Laut dieser Umfrage befürworteten 82 Prozent aller regelmäßigen Gottesdienstbesucher die Zulassung verheirateter Männer als Priester, 69 Prozent der regelmäßigen Kirchgänger sprechen sich auch für die Priesterweihe für Frauen aus. Ein völlig falsches Verhältnis zur Sexualität werfen der Kirche 82 Prozent aller Österreicher und immerhin 62 Prozent der regelmäßigen Gottesdienstbesucher vor. Drei von vier Österreichern sehen keinen Grund, Geschiedenen, die staatlich wieder geheiratet haben, die Kommunion zu verweigern. 63 Prozent der regelmäßigen Kirchgänger teilen diesen Standpunkt. Besonders ausgeprägt ist der Wunsch nach Mitbestimmung in der Kirche. 88 Prozent sind dafür, nur 11 Prozent dagegen. Am ausgeprägtesten ist diese Forderung in Westösterreich: In Tirol und Vorarlberg sogar mit 92 Prozent. Aus diesen Zahlen kann man ablesen, wie fatal es war, daß Rom gerade in Vorarlberg und Salzburg Bischöfe ohne weitgehenden Konsens mit der Ortskirche eingesetzt hat.

So berechtigt Vorbehalte und Reserven gegen Meinungsumfragen sind:

Wenn bereits acht von zehn regelmäßigen Kirchgängern in wichtigen Fragen den offiziellen kirchlichen Standpunkt ablehnen, dann muß doch ernsthaft nachgedacht werden, was da falsch gelaufen ist. Schon tauchen da und dort Überlegungen radikaler Gruppen auf, die während des dritten Österreich-Besuches Johannes Pauls II. im Juni an Demonstrationen gegen Bischof Krenn denken, denn der Papst wird nicht nur in Wien und Salzburg, sondern auch in St. Pölten Station machen. Den vereinten Bemühungen aller Gutwilligen sollte es doch gelingen, bis dahin die ärgsten Stolpersteine aus dem Weg zu räumen, um derartige Entgleisungen zu verhindern.

Angesichts dieser vertrackten Situation hat sich der vormalige Vizekanzler und Wissenschaftsminister *Erhard Busek* in einem Interview mit der „Furche“ zu Wort gemeldet und den Bischöfen ein „Bußschweigen“ empfohlen: „Sie sollen längere Zeit nach außen hin den Mund halten und nach innen hin reden, und zwar miteinander. Ich habe den starken Eindruck, und das gibt es ja auch in der Politik, daß man sich momentan in der Kirche nur via Medien unterhält. Ich würde wahnsinnig gerne wissen, mit welcher Intensität die Bischöfe untereinander über die Situation reden, ob sie das genauso intensiv tun, wie sie im Fernsehen sprechen.“

Der prominente Politiker gab aber in seiner Wortmeldung auch eine Analyse von der Basis der Kirche in Österreich, die ungewöhnlich offenherzig ausfiel: „Es gibt ganz tapfere Gemeinden, aber es sind die, die bei der Agape oder beim Pfarrcafé zusammenkommen, immer dieselben, sie sind ungeheuer auf sich selber zentriert und nicht nach außen. Es gibt aber auch keine Anweisung – und das ist schon eine Sache der Hirten –, wieder zu einer Kirche von Österreich zu werden. Das fehlt völlig. Die Außenorientierung fehlt, das ‚Geht hinaus in alle Welt‘ – kein Mensch geht heute hinaus.“

Angesichts dieser offensichtlichen Kirchenkrise hat die Katholische Aktion Österreichs prominente Laien mit verschiedenster Berufserfahrung zu ei-

nem Gesprächsforum „Kirchenzukunft“ eingeladen. In diesem Forum wurden mehrere Dimensionen der Krise der Kirche in Österreich festgestellt: Eine Krise der Glaubwürdigkeit, eine Krise des Stils, eine Krise der Autorität, eine Kommunikationskrise, eine Leitungskrise („Der Grundsatz der Einstimmigkeit und die Polarisierung innerhalb der Bischofskonferenz lähmen deren Handlungsfähigkeit“) sowie eine Krise der Kirche Österreichs („Eine österreichische Kirche ist derzeit nur schemenhaft sichtbar. Der diözesane Provinzialismus – bei aller Anerkennung ihrer legitimen Autonomie – lähmt die Kirche“).

An konkreten Maßnahmen schlug das Gesprächsforum der Katholischen Aktion vor: In der Causa Groer sind klare Worte notwendig. Die Ergebnisse der Visitationen müssen veröffentlicht werden. Die Pluralität in der Kirche ist in der Öffentlichkeit widerzuspiegeln. Auch widersprüchlichen Meinungen ist Raum zu geben. Ein „Weisenrat“ soll konstituiert werden, dessen Mitglieder keine kirchlichen Funktionäre sind. Dieser Rat soll nur über die Macht des Wortes verfügen. Eine Gruppe höchstrangiger Katholiken aus Politik, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft soll die Kardinäle Ratzinger und Sodano über die wirkliche Lage in Österreich informieren. Die Bischöfe haben nicht nur die Aufgabe, Anliegen Roms nach Österreich zu transportieren, die Kommunikation muß nach beiden Richtungen erfolgen. Der häufige Hinweis, Rom würde bestimmte Dinge nicht zulassen, mag kurzfristig die Bischöfe entlasten, langfristig tragen sie dadurch selbst dazu bei, daß „Rom“ in Österreich abgelehnt wird. Beim „Dialog für Österreich“ dürfen weder Personen noch Themen ausgegrenzt werden. Daher ist auch das „Kirchenvolksbegehren“ zum Dialogprozeß und zu dem für Oktober vorgesehenen Delegiertentag in Salzburg einzuladen. Beim Delegiertentag muß es keine Beschlüsse geben (gegen die die Bischöfe Krenn und Küng Einspruch erhoben), es sollen aber Abstimmungen mit zählbaren Quoten möglich sein.

Dieser Wunsch- und Forderungskatalog der Laien wurde dem Ständigen Rat der Bischofskonferenz (Weber, Schönborn, Eder, Aichern, Kapellari) übergeben, der diese Vorschläge einhellig begrüßte. Daher durfte man erwarten, daß sich die Bischöfe in der Frage, ob man wirklich alle Gruppierungen zum Dialog für Österreich und zum Delegiertentag in Salzburg einladen solle, nun doch endlich zu einer Mehrheitsentscheidung aufrufen würden. In letzter Minute ist dies aber nicht geschehen. Wohl hieß es in einer von Weber und Schönborn unterzeichneten Erklärung, die „deutlich

überwiegende Zahl der Bischöfe“ habe den Vorschlägen der Laien zugestimmt. Ein Dialog sei „nur dann sinnvoll und ehrlich, wenn niemand davon ausgeschlossen und wichtige Themen nicht ausgeklammert werden“.

Gleichzeitig hat die Bischofskonferenz jedoch eine endgültige Entscheidung über die Zulassung des „Kirchenvolksbegehrens“ auf ihre Frühjahrstagung Ende März verschoben. Offenbar schreckte die Mehrzahl der Bischöfe doch davor zurück, das Veto zu überstimmen, das Krenn und Militärbischof Werner angekündigt hatten. F. C.

Stasi und Kirche: „Fehlverhalten einzelner“

Nach der EKD hat nun auch die katholische Kirche das Thema „DDR-Staatsicherheit“ vorläufig abgeschlossen. Im Februar erschien unter dem Titel „Kirche im Visier“ der Abschlußbericht der von den ostdeutschen Bischöfen eingerichteten „Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der Tätigkeit staatlicher und politischer Organisationen/MfS gegenüber der katholischen Kirche“.

Wie bereits der Name der Arbeitsgruppe deutlich macht, war deren Auftrag anders angelegt als die Beschlüsse der evangelischen Landeskirchen in Ostdeutschland zur Überprüfung kirchlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Ergebnisse der Berichte für beide Kirchen sind somit nicht einfach kongruent. Die Arbeitsgruppe betrieb zeitgeschichtliche Forschung, ihre Ergebnisse hatten keine unmittelbare disziplinarische Relevanz – allerdings konnten die Diözesanbischöfe Fälle, in denen der Verdacht einer Belastung vorlag, von einem Vorprüfungsausschuß der Deutschen Bischofskonferenz untersuchen lassen oder selbst Maßnahmen anordnen. Die Untersuchung beschränkte sich demnach nicht auf diejenigen Priester und anderen Mitarbeiter, die gegenwärtig noch im aktiven Dienst stehen, und sie hatte nicht nur die „Stasi-Kontakte“ einzelner im Blick, sondern die gesamten

Beziehungen zwischen der Kirche und staatlichen und politischen Organisationen der DDR.

Die Arbeitsgruppe unter Leitung des Dresdner Prälaten *Dieter Grande*, die ihre Tätigkeit im Dezember 1997 beendete, gehörten der Berliner Pfarrer *Ulrich Ackermann*, der Magdeburger Ordinariatsrat *Ulrich Berger*, der Görlicher Generalvikar *Hubertus Zomack*, der Jenaer Pfarrer *Karl-Heinz Ducke* sowie für das Erzbischöfliche Amt Schwerin die Historiker *Georg Diderich* bzw. *Renate Krüger* an; dazu kam seit 1996 *Karl-Joseph Hummel* von der Kommission für Zeitgeschichte in Bonn. Als hauptamtlicher wissenschaftlicher Mitarbeiter mit Sitz in Berlin arbeitete *Bernd Schäfer*, der zusammen mit Grande den Abschlußbericht vorlegte.

Der Bericht macht deutlich, welches Ausmaß die „Bearbeitung“ der katholischen Kirche durch die staatlichen